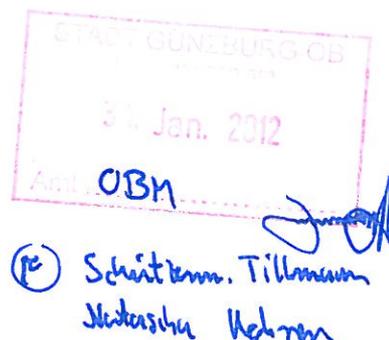


Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesorganisation Bremen



SPD-Landesorganisation Bremen • Obernstraße 39-43 • 28195 Bremen

Herrn
Gerhard Jauernig
Schlossplatz 1
89312 Günzburg



Bremen, 30. Januar 2012
☎ 0421/3 50 18-19, Karen Schuster

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
lieber Gerhard Jauernig,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 24. Januar 2012.

Die SPD in Bremen ist der Meinung, dass die Einführung einer Waffenbesitzsteuer in Bremen ein effektives Instrument ist, um die Zahl der in privaten Haushalten aufbewahrten Waffen zu reduzieren.

Die über eine Waffenbesitzsteuer erzielten Mehreinnahmen sollen auch dazu genutzt werden, die notwendigen Kontrollen der sicheren Aufbewahrung von Waffen in Privatbesitz zu gewährleisten. Diese Kontrollen sind sehr zeit- und personalintensiv und bedeuten daher einen erheblichen finanziellen Aufwand. Wir sind der Meinung, dass dieser erhebliche Aufwand insbesondere in einem Bundesland, das sich in einer akuten Haushaltsnotlage befindet, nicht nur zu Lasten der Allgemeinheit gehen darf, sondern dass diejenigen, die Waffen privat besitzen, sich auch angemessen an den finanziellen Folgekosten beteiligen sollen.

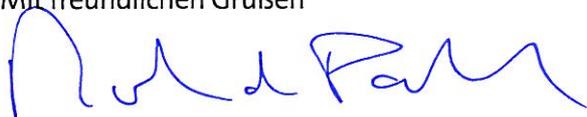
Ihre Darstellung, dass ein Großteil der bekannten Greuelthaten ausschließlich mit illegalen Waffen begangen wurde, möchten wir entschieden entgegnetreten. Insbesondere bei den Amoktaten (Erfurt, Winnenden und anderen) wurden von den Tätern legale Waffen verwendet, die in Privathaushalten aufbewahrt wurden.

../2

Ausdrücklich ausgenommen sollen jedoch Waffen sein, die zu Sportzwecken genutzt und in den Vereinsräumen aufbewahrt werden. Auch beruflich oder gewerblich genutzte Waffen sollen nicht der Steuerpflicht unterliegen. Darüber hinaus wird auch die überschaubare Zahl von Jägern im Land Bremen nicht von der Einführung einer Waffenbesitzsteuer betroffen sein.

Für weitere Informationen und Nachfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Roland Pahl
Landesgeschäftsführer

P.S.: Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Björn Tschöpe, erhält eine Kopie des Schriftwechsels.